



---

## **Ausschuß für Innere Verwaltung**

56. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)<sup>\*)</sup>

23. September 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.40 Uhr bis 14.40 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenographin: Heike Niemeyer

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

#### **2 Aktuelle Viertelstunde**

- a) **Schreiben der Sozialministerin Merk aus Niedersachsen betreffend Fuat Akpınar** (beantragt von der CDU-Fraktion mit Schreiben vom 16.09.1999)

1

- Bericht des Innenministers

- b) **Interview des WDR mit Herrn Körsürembas in der Türkei** (telefonische Bitte der CDU-Fraktion vom gestrigen Tage um einen Bericht)

2

- Bericht eines Mitarbeiters des Innenministeriums

- Kurze Diskussion

---

<sup>\*)</sup> öffentlicher Teil TOP 1 s. APr 12/1356

**3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 12/4200

Einzelplan 03 - Innenministerium

Vorlage 12/2854

Zuschriften 12/3140, 12/3187 und 12/3232

3

Keine Diskussion.

**4 Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Gesetze (Landesgleichstellungsgesetz - LGG)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 12/3959

Zuschriften: 12/3114 (Neudruck), 12/3167, 12/3176, 12/3180, 12/3182,  
12/3183, 12/3184, 12/3185, 12/3194, 12/3195, 12/3197,  
12/3200, 12/3203 und 12/3205

Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

4

Der Ausschuß vertagt die abschließende Beratung und Abstimmung auf den 21. Oktober.

**5 Gesetz zur Änderung des Sportwettengesetzes**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 12/4076

- Festlegung des Beratungsverfahrens und erster Beratungsdurchgang

5

Der Ausschuß erklärt sich mit dem Verfahrensvorschlag des Vorsitzenden einverstanden, eine Abstimmung über die zu der vom mitberatenden Sportausschuß vorgeschlagenen Anhörung einzuladenden Sachverständigen und die Fragen sowie den Termin in Anwesenheit der Obleute aller beteiligten Ausschüsse am Rande des nächsten Plenums am Mittwoch der kommenden Woche durchzuführen.

**6 Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivgutes im Lande Nordrhein-Westfalen (Archivgesetz Nordrhein-Westfalen - ArchivG NW) vom 16. Mai 1989 (GV. NW. S. 302/SGV. NW. 221)**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/4274

Vorlagen 12/2709 und 12/2844

6

Der Ausschuß verständigt sich einstimmig darauf, den Punkt in der nächsten Sitzung zusammen mit einer von der CDU-Fraktion bis dahin vorbereiteten EntschlieÙung abermals zu behandeln.

**7      Konsequente Vorbeugung und Verfolgung von Korruption**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksachen 12/3694 und 12/3948

Vorlagen 12/2649 und 12/2811

6

-      Kurze Diskussion

Der Ausschuß lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU ab.

**8      Entwurf einer Vierten Verordnung zur Änderung der Zweiten Berufsbildungs-Zuständigkeitsverordnung**

Vorlage 12/2905

7

Der Ausschuß nimmt die Verordnung zustimmend zur Kenntnis.

**9      Wirksamkeit von Polizeischutzwesten auch bei regennasser Witterung**

7

-      Bericht des Inspektors der Polizei

**10     Ultimate Fighting**

Vorlage 12/2861

9

Keine Diskussion.

**11      Beförderung des ehemaligen Bundestagsabgeordneten Manfred Such      9**

- Bericht eines Mitarbeiters des Innenministeriums
- Kontroverse Diskussion

**12      Verschiedenes**

**hier:    Zweites Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung  
in Nordrhein-Westfalen**

12

(Siehe Diskussionsteil)

\*\*\*\*\*



Auf eine entsprechende Nachfrage des **Heinz Paus (CDU)** hin ergänzt **KD Dickel (IM)**, die neuerlichen Ausführungen des Herrn Körsürembas lieferten keinen Anlaß, die Sachverhalte neu aufzurollen, da gerade zu den Aspekten "Aushändigung einer Waffe" und "Eröffnung einer Fluchtmöglichkeit durch einen Kriminalbeamten" keine neuen Details vorlägen.

Die eben genannten Vorwürfe habe man unter anderem bei der vor einigen Monaten in der Türkei im Rahmen der Abgabe des kompletten Verfahrens an die türkischen Strafverfolgungsbehörden erfolgten Vernehmung Körsürembas' erneut angesprochen. Die Überprüfung der Einlassungen habe jedoch keine diesbezüglichen Anhaltspunkte erkennbar werden lassen.

Im übrigen entbehre die Behauptung, der Kriminalbeamte hätte Körsüremba's zur Flucht verholfen, auch jeder Logik. Denn hätte der Beamte dies gewollt, hätte er es auf dem Weg hin zum Gericht tun müssen, da es überhaupt nicht vorhersehbar gewesen sei, daß das Gericht, abweichend von der sonst üblichen Praxis, nach Verkündung des Haftbefehls Körsürembas nicht in eine JVA überstellt, sondern ihn aufgrund des Einwandes seiner Anwältin, ihr Mandant wäre in der JVA gefährdet, durch die Polizei habe zurückholen lassen. Und auch nur einem Zufall zuzuschreiben sei es ferner, daß derselbe Beamte Körsürembas wieder abgeholt habe.

**3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 12/4200

Einzelplan 03 - Innenministerium

Vorlage 12/2854

Zuschriften 12/3140, 12/3187 und 12/3232

Der **Vorsitzende** weist auf den 18. November als Termin für die Abstimmung hin.

(keine Diskussion)